

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 304 (2025)

Rubrik: Blick in die Welt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER

Droht uns ein neuer globaler Krieg? Nie seit 1945 ist so viel von einem Weltkrieg die Rede gewesen wie Anfang 2024. Die Atomwaffe – in wenigen Händen – und das damit einhergehende Gleichgewicht des Schreckens schien jahrzehntelang Auseinandersetzungen zwischen Grossmächten unmöglich zu machen. Wer als Erster losschlägt, stirbt als Zweiter, lautete die unmissverständliche Formel. Jede Macht, so aggressiv sie sich auch äusserte, hielt sich daran. Kriege und Konflikte gab es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zuhauf; doch sie blieben begrenzt. In Korea, im Nahen Osten, in Kuba, Vietnam, auf dem indischen Subkontinent wie auch in Europa hielten sich die Grossmächte zurück. Die atomare Abschreckung sorgte für Stabilität.

Der Ukraine-Krieg, von Russland mutwillig entfesselt, brachte diese Gewissheit ins Wanken. Wladimir Putin, der russische Diktator, rüttelte öffentlich am Tabu eines nuklearen Einsatzes. China verfolgt seine Absichten im Südchinesischen Meer und gegen Taiwan zusehends aggressiver. Nordkorea baut sein Atom- und Raketenarsenal ungeachtet internationaler Sanktionen aus. Und mit dem Terrorüberfall der Hamas am 7. Oktober 2023 und

Israels Gegenschlag im Gazastreifen drohte plötzlich ein Flächenbrand mit unabsehbaren Konsequenzen.

Massaker löst Krieg aus

Jahrelang schien sich die Weltgemeinschaft damit abgefunden zu haben, dass es für den Nahostkonflikt zwischen Israel und Palästina keine Lösung gab. Auch die arabische Welt schien weitherum des Konflikts überdrüssig. Mehrere Staaten, zuletzt die Emirate, Bahrain, Sudan und Marokko, nahmen diplomatische Beziehungen mit Israel auf. Selbst Saudi-Arabien schien

drauf und dran zu sein, den jüdischen Staat anzuerkennen.

Der 7. Oktober 2023 veränderte schlagartig die politische Landschaft des Nahen Ostens. Tausende von Hamas-Kämpfern überwand die Sperranlagen zwischen dem Gazastreifen und Israel. Bis 18 Kilometer weit drangen die Terroristen in Kibbuzim und Dörfer im Süden Israels ein. Wo sie konnten, ermordeten sie wahllos Männer, Frauen und Kinder. Besonders grausam wüteten die Angreifer unter jungen Menschen, die an einem Musikfestival nahe dem Gazastreifen teilnahmen; 364 wurden allein dort abgeschlach-



Trauer für die 364 Opfer, die am 7. Oktober 2023 am Supernova-Musikfestival im Süden Israels durch Hamas-Terroristen getötet wurden.

tet. Dem Massaker fielen laut israelischen Angaben 1139 Menschen zum Opfer: 695 Zivilisten – unter ihnen 36 Kinder –, 373 Mitglieder der israelischen Sicherheitskräfte sowie 71 Ausländerinnen und Ausländer, die meisten von ihnen Gastarbeitende aus Thailand. 240 Menschen wurden als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. Es war das schrecklichste Ereignis der jüdischen Geschichte seit dem Holocaust. Das Massaker wurde als katastrophales Versagen der Geheimdienste, der Armee und der Regierung Netanjahu wahrgenommen. Unter Benjamin Netanjahu war das Augenmerk der Regierung fast ausschliesslich auf eine Justizreform ausgerichtet gewesen, welche die Kompetenzen des Obersten Gerichts massiv beschränken wollte. Statt zurückzutreten und einer neuen Regierung Platz zu machen, blieb Netanjahu im Amt. Das Kriegskabinett, dem auch Oppositionsführer Benny Gantz angehörte, ordnete zunächst eine vollständige Blockade des Gazastreifens an, berief 300 000 Reservisten ein und bereitete den Gegenschlag gegen die Hamas vor. Das Dilemma war jedoch gross. Wie konnten gleichzeitig zwei Kriegsziele erreicht werden: die Geiseln zu befreien und die Hamas zu zerschlagen? Und: Wie konnte Krieg im dicht bevölkerten Gazastreifen geführt werden, ohne die Zivilbevölkerung zu treffen? Die Hamas hatte ihre Kommandoeinrichtungen und Tunnelsysteme bewusst un-

ter Spitälern, Schulen und öffentlichen Einrichtungen erbaut. Zuerst drangen die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte IDF in den Norden des Gazastreifens ein. Wie nicht zu vermeiden, spielte das militärische Vorgehen der Hamas propagandistisch in die Hände. Bilder von toten Zivilisten, von palästinensischen Frauen und Kindern, deren Häuser zerstört wurden, von militärisch besetzten Spitälern und Schulen beeinflussten die öffentliche Meinung weltweit. Opferzahlen, welche das Gesundheitsministerium der Hamas nannte, wurden auch in westlichen Medien ungeprüft übernommen. Dabei gerieten das Gemetzel der Hamas-Terroristen, die dutzendfach bestätigte Vergewaltigung von Frauen und das schreckliche Schicksal der Geiseln rasch in Vergessenheit. Immer stärker wandte sich die öffentliche Meinung gegen Israel. In internationalen Gremien häuften sich Resolutionen gegen den Judenstaat. Israel wie auch Premier Netanjahu wurden vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag wegen Kriegsverbrechen angeklagt. Auch in westlichen Ländern häuften sich antiisraelische und antisemitische Vorfälle. In den USA, aber auch in der Schweiz, kam es zu Protesten und Hausbesetzungen pro palästinensischer Studierender an Universitäten.

Am 24. November trat erstmals eine Waffenruhe in Kraft. Die Hamas verpflichtete sich,

100 Geiseln freizulassen. Im Gegenzug liess Israel 240 Palästinenser frei, die wegen Gewaltakten verurteilt waren. Die Waffenruhe endete nach acht Tagen, da sich die Hamas weigerte, wie versprochen sämtliche Frauen und Kinder freizulassen. Der Krieg im Gazastreifen blieb vorerst begrenzt. Eine Eskalation drohte jedoch, als die in Teilen Jemens herrschenden Huthi-Rebellen damit begannen, Frachtschiffe auf dem Roten Meer anzugreifen. Eine Task Force unter Führung der USA und Grossbritanniens sorgte dafür, dass die meisten Angriffe abgefangen wurden. Trotzdem verzichteten zahlreiche Reedereien auf die Fahrt durchs Rote Meer und den Suezkanal und zogen den längeren und teureren Seeweg um Afrika vor.

Der israelischen Armee gelang es in den ersten sechs Monaten des Krieges nicht, die Hamas entscheidend zu besiegen. Zu komplex war die Aufgabe, ein mit der Zivilbevölkerung eng verzahntes Terrornetzwerk zu durchbrechen. Als sich die IDF anschickte, auch die im Süden des Gazastreifens gelegene Grenzstadt Rafah militärisch anzugreifen, legten sich die USA unter Präsident Joe Biden quer. Bilder ausgehungelter Palästinenserinnen und Palästinenser sorgten für wachsende Unruhe selbst bei Israels wohlgesonnenen Regierungen. Zu einer Verschärfung des Konflikts kam es, nachdem das Konsulatsgebäude der iranischen Botschaft in Da-



*Wie immer in Kriegen: Frauen und Kinder sind Mitbetroffene
(Bild vom 29. April 2024 aus dem südlichen Gazastreifen).*

maskus am 2. April 2024 mutmasslich von Israel in Trümmer gelegt wurde; dabei starben unter anderen zwei Brigadegeneräle, die als Kommandanten der Al-Quds-Brigaden galten und für den iranischen Waffennachschub an die libanesischen Hisbollah-Milizen zuständig waren. Die Reaktion kam wenige Tage später: In der Nacht zum 14. April feuerte Iran über 300 Raketen und Drohnen Richtung Israel ab. Die allermeisten wurden von der israelischen Luftabwehr abgefangen. Auch Jordanien schoss einige der Drohnen ab, die über sein Territorium flogen. Kein einziges militärisch bedeutsames Ziel wurde getroffen. Aber erstmals griff damit die Islamische Republik Israel frontal an und nahm das Risiko eines direkten Gegenschlags in Kauf. Das israelische Kriegskabinett antwortete am 19. April mit ein

paar Raketen, die direkt beim Flughafen Isfahan einschlugen. Eine weitere Eskalation des Konfliktes wurde damit fürs erste vermieden. Je länger der Krieg gegen die Hamas andauerte, umso mehr geriet Premierminister Benjamin Netanjahu unter Druck: Die USA wie auch europäische Staaten forderten von Israel ultimativ einen Plan, wie der Krieg beendet und der Gazastreifen in Zukunft verwaltet werden könnte. Am 20. Mai kamen Irans Präsident Ebrahim Raisi sowie Aussenminister Hossein Amir-Abdollahian bei einem Helikopterabsturz ums Leben.

Abnützungskrieg in der Ukraine

Für die Weltgemeinschaft blieb auch der Ukraine-Krieg brandgefährlich. Mehrfach drohte Kreml-Diktator Wladimir Putin,

der den Krieg 2022 vom Zaun gerissen hatte, mit dem Einsatz von Atomwaffen gegen die Nato. Dabei scheuten die Russen nicht davor zurück, ukrainische Städte wie Kiew, Charkiw und Odessa immer wieder mit Drohnen, Raketen und Marschflugkörpern anzugreifen. Vor allem die Energieversorgung des Landes wurde ins Visier genommen; zahlreiche Kraftwerke fielen den Luftschlägen zum Opfer. Zwar vermochten auch ukrainische Geschosse Schäden an russischen Erdöl- und Raffinerieanlagen anzurichten. Auch Schiffe der russischen Schwarzmeerflotte wurden empfindlich getroffen. Am Boden gewannen die russischen Angreifer 2023/24 aber immer stärker die Oberhand, nachdem ukrainische Gegenoffensiven im Sommer und Frühherbst 2023 gescheitert waren. Der Ukraine fehlten Soldaten, Flugabwehrbatterien, Raketen und Artilleriegranaten. Entscheidenden Einfluss auf das Kampfgeschehen hatte die US-amerikanische Innenpolitik. Präsident Joe Bidens Hilfspaket, das weitere Militärhilfe mit einem Gesamtbetrag von 61 Milliarden Dollar vorsah, blieb im Kongress während mehr als sechs Monaten stecken. Opposition kam von den Republikanern, die sich auf Geheiss von Ex-Präsident Donald Trump querstellten. Für Trump war der Ukraine-Krieg ein europäischer Konflikt, aus dem sich die USA fernhalten sollten. Die Folge war, dass der Ukraine Waffen und

Munition ausging. An mehreren Frontabschnitten geriet die ukrainische Abwehr unter Druck. Die Stadt Bachmut ging nach wochenlangen Kämpfen verloren. Um einer Umzingelung zu entgehen, zogen sich die ukrainischen Truppen im Februar 2024 auch aus der Stadt Awdijiwka in der Region Donezk zurück. Erst Ende April beendete der US-Kongress seine Blockade, doch dauerte es Wochen, bis die zugesagte Waffenhilfe in der zusehends bedrängten Ukraine eintraf.

Schweden konnte am 7. März 2024 als 32. Land der Nato beitreten. Wie Finnland hatte das skandinavische Land sein Beitritts-gesuch nach dem russischen Überfall auf die Ukraine eingereicht. Wegen des Widerstands der Türkei und Ungarns dauerte es jedoch rund zwei Jahre, bis Schweden Vollmitglied des Verteidigungsbündnisses wurde.

Eine bizarre Episode spielte sich im Sommer 2023 auf russischer Seite ab: Die Gruppe Wagner, eine Söldnertruppe, die für den Kreml in mehreren afrikanischen Staaten wie auch in der Ukraine tätig war, stellte sich der Armeeführung in Moskau entgegen. Sie warf Putins Generälen vor, zu wenig engagiert gegen die Ukraine vorzugehen. Jewgeni Prigoschin, ihr Anführer, war eine überaus zwielichtige Figur. Kleinkrimineller, später Putins Koch und Vertrauter, hatte Prigoschin 2014 die Führung der Privatararmee Wagner



Bild: Keystone-SDA

Die Mutter Alexei Nawalnys (Mitte) am Grab ihres Sohnes auf dem Borisovskoye Friedhof in Moskau am 2. März 2024.

übernommen. Im Juni 2023 überwarf er sich jedoch mit dem Verteidigungsministerium in Moskau und marschierte mit einem Teil seiner Truppen Richtung russische Hauptstadt. Auf Vermittlung des weissrussischen Diktators Alexander Lukaschenko brach Prigoschin seinen Protestmarsch schliesslich nach einem Tag ab. Zwei Monate später, am 23. August 2023, kamen Prigoschin und mehrere hochrangige Wagner-Kommandanten bei einem ungeklärten Flugzeugabsturz zwischen Moskau und St. Petersburg ums Leben. Höchstwahrscheinlich hatte der Kreml-Chef persönlich angeordnet, den Wagner-Chef zu beseitigen.

Auch der Tod des Oppositionellen Alexei Nawalny wurde weltweit Putin persönlich angelastet. Nawalny hatte sich als

Anwalt, Menschenrechtsaktivist und Kämpfer gegen Korruption einen Namen geschaffen. Mehrfach hatte er Kundgebungen gegen Putins Regime angeführt und war deswegen inhaftiert und zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. 2020 wurde Nawalny Opfer eines Giftanschlags, der mutmasslich von Mitarbeitern des russischen Geheimdienstes FSB verübt wurde. Nawalny überlebte dank der Behandlung im Berliner Spital Charité. Bei seiner Rückkehr nach Russland wurde er festgenommen und in mehreren Prozessen zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Nawalny starb am 15. oder 16. Februar 2024 in einem Strafgefangenenlager in Nordsibirien unter ungeklärten Umständen. Sein Leichnam wurde selbst den Angehörigen während Tagen vorenthalten,

was den Verdacht zusätzlich nährte, dass Nawalny von Schergen Putins ermordet worden war. Putin seinerseits liess sich Mitte März für eine fünfte Amtszeit als russischer Präsident (von 2024 bis 2030) bestätigen. Kein namhafter Gegenkandidat war zur Wahl zugelassen. Aber sein Repressionssystem ist brüchiger geworden. Bei einem Terroranschlag auf eine Veranstaltungshalle in Krasnogorsk, einer Vorstadt im Nordwesten Moskaus, fanden am 24. März mindestens 144 Menschen den Tod; über 360 wurden verletzt. Zum Anschlag bekannte sich die Terrorgruppe Islamischer Staat.

Aggressive Politik Chinas

Auch die Situation im Pazifikraum könnte jederzeit einen Weltkrieg auslösen. China rüstete nicht nur gewaltig auf, sondern machte seine territorialen Ansprüche im Südchinesischen Meer zunehmend aggressiv geltend. Dies, obschon der Internationale Gerichtshof in Den Haag diese Ansprüche 2016 ausdrücklich zurückgewiesen hatte. Die Volksrepublik nahm in keiner Weise Rücksicht auf die Rechte seiner Nachbarstaaten Vietnam, Philippinen, Malaysia, Indonesien, Taiwan und Japan. Der Anspruch auf praktisch das gesamte Südchinesische Meer bedrohte auch die freie Schifffahrt auf einer der meistbefahrenen Handelsrouten der Welt. China scheute sich beispielsweise nicht, philippinische Fischer

gewaltsam zu vertreiben oder Versorgungsschiffe der philippinischen Küstenwache mit Wasserkanonen anzugreifen. Auch gegen Taiwan verschärfte die Volksrepublik ihre Drohungen: «Falls nötig» würde die Inselrepublik mit Waffengewalt zurückgeholt. Die kommunistische Macht betrachtet Taiwan als Teil ihres Territoriums, während die Mehrheit der taiwanischen Bevölkerung eine Unabhängigkeit befürwortet. Im Januar 2024 wählte sie den bisherigen Vizepräsidenten Lai Ching-te (William Lai), den Kandidaten der regierenden Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), zum neuen Präsidenten. Lai folgte auf Tsai Ing-wen, die nach zwei Amtsperioden nicht mehr antreten konnte. Seine Wahl war eine Schlappe für das kommunistische China, das sich für Lais Gegenkandidaten engagiert hatte. Die chinesischen Ambitionen führten dazu, dass sich Amerika, Japan, Südkorea und die Philippinen enger zusammenschlossen. Auch mit Australien und Indien schlossen die USA Sicherheitsabkommen ab, die ein strategisches Gegengewicht zu Chinas Ambitionen bilden sollten.

Trump gegen Biden

Nach dem überstürzten Truppenabzug aus Afghanistan im August 2021 war Amerikas Ansehen in der Welt auf einen Tiefpunkt gesunken. Obschon dieser Abzug noch von Joe Bidens Vor-

gänger im Präsidentenamt, Donald Trump, vereinbart worden war, wurde das Debakel allgemein Biden angelastet. Seit dem brutalen Überfall Russlands auf die Ukraine hat der Präsident mit seiner überlegten Führung international wieder an Statur gewonnen. Im Fernen Osten spielten die USA gegenüber China eine stabilisierende Rolle, indem sie Peking im Südchinesischen Meer und gegenüber Taiwan klare Grenzen signalisierten. Im Nahen Osten hielten die USA Israel nach dem Terrorüberfall der Hamas unverbrüchlich die Treue, setzten dem israelischen Krieg gegen die Hamas aber dort Schranken, wo Blutvergiessen und Abriegelung das militärisch Notwendige überstiegen. In der Innenpolitik war Biden indessen weniger erfolgreich. Zwar gelang es der US-Notenbank, die Inflation einigermaßen in den Griff zu bekommen. Die Wirtschaft lief auf Hochtouren, die Arbeitslosigkeit sank auf Tiefststände. Viel Geld floss in die Erneuerung der amerikanischen Infrastrukturen. Und bizarre Urteile von US-Gerichten zu Abtreibungsfragen waren Wasser auf die Mühlen der US-Demokraten. Beste Voraussetzungen eigentlich für Biden, im November 2024 die Wiederwahl als US-Präsident spielend zu schaffen. Doch Bidens Popularitätswerte in der amerikanischen Öffentlichkeit blieben bis zum Mai 2024 schwach. Das lag einesteils an Joe Bidens Alter; mit knapp 82 Jahren war er der



Ex-US-Präsident Donald Trump muss sich vor einem Gericht in New York wegen nicht deklarierter Schweigegeldzahlungen an eine Prostituierte verantworten (Bild vom 2. Mai 2024).

älteste Kandidat, der sich jemals um die US-Präsidentschaft bewarb. Zudem stand Biden mit Kamala Harris eine Vizepräsidentin zur Seite, die an Farblosigkeit kaum zu überbieten war. Erstaunlicherweise schaffte es der 2020 abgewählte Donald Trump, die Republikanische Partei erneut hinter sich zu scharen. Dies, obschon sich Trump in mehreren schwerwiegenden Fällen vor Gerichten zu verantworten hatte: wegen nicht deklarierter Schweigegeldzahlungen an eine Prostituierte, wegen Steuermanipulationen, wegen des gravierenden Vorwurfs, er habe nach den Wahlen 2020 die Auszählung der Stimmen im Bundesstaat Georgia zu seinen Gunsten zu manipulieren versucht, und schliesslich wegen des dringenden Verdachts, am 6. Ja-

nuar 2021 zum Sturm auf das Capitol aufgerufen und sich damit der Verschwörung gegen die USA schuldig gemacht zu haben. Dem Ex-Präsidenten, ebenfalls schon 78 Jahre alt, konnten all diese Fälle aber scheinbar nichts anhaben. Die Missstände entlang der amerikanischen Südgrenze wusste Trump geschickt für sich auszubeuten: Zehntausende von Migrierenden aus Zentral- und Südamerika schafften es, illegal in die USA einzuwandern, wogegen die Administration Biden keine tauglichen Rezepte fand. Wo immer es ging, warf Trump der Administration Steine in den Weg.

Europäisches Malaise

Deutschland erlebte unter der Dreiparteienkoalition aus SPD,

Grünen und FDP ein wenig beglückendes Jahr. Die Wirtschaftskonjunktur lahmte, die Arbeitslosigkeit verharrte auf hohen 6 Prozent, Streiks lähmten wiederholt den öffentlichen Dienst, Migrierte und illegal Anwesende sorgten in Städten wie Berlin für rechtlich prekäre Räume. Die Quittung erfuhr die Bundesregierung bei Landtagswahlen: In Bayern triumphierte am 7. Oktober die CSU, in Hessen legte die CDU gleichentags zu, und im Osten Deutschlands verharrte die Alternative für Deutschland (AfD) bei hohen Sympathiewerten. Dazu trugen nicht unwesentlich die anderen Parteien des Bundestags bei, welche die AfD systematisch ausgrenzten. Bundeskanzler Olaf Scholz vermittelte selten den Eindruck kraftvoller Führung. Besonders im Ukraine-Konflikt lavierte Scholz zwischen tatkräftiger Unterstützung des Landes gegen die russische Aggression und dem Pazifismus in namhaften Teilen der SPD. Waffensysteme wie Kampfpanzer und Luftabwehrbatterien wurden erst nach langem Hin und Her freigegeben, dringend benötigte Raketen vom Typ Taurus hielt Scholz zurück.

Auch Frankreichs Perspektiven unter Präsident Emmanuel Macron blieben getrübt. Weder aussen- noch innenpolitisch verbuchte die Grande Nation Erfolge. Die (dringend notwendige) Rentenreform konnte die Regierung 2023 nur unter Ausschöpfung ihrer verfassungsmässigen

Kompetenzen am Parlament vorbei verabschieden. Ein neues Einwanderungsgesetz riss in der Bevölkerung und im Parlament – auch in der Partei Macrons – tiefe Gräben auf. In den mehrheitlich von Migrierten bewohnten Banlieues von Paris, Lyon und Marseille blieb die Lage angespannt. Tiefschläge musste Frankreich auch in seinen ehemaligen westafrikanischen Kolonien hinnehmen: In mehreren Ländern putschte das Militär, zuletzt im August 2023 in Gabun; französische Truppen, die bisher für Sicherheit gesorgt hatten, mussten aus Burkina Faso, Mali und Niger abziehen. Diese Rolle übernahm immer mehr Russland, das für seine Hilfe Zugang zu natürlichen Ressourcen erhielt. Macrons Popularitätswerte sanken auf Tiefstwerte: Im Februar 2024 erklärten sich mehr als 70 Prozent aller Französinnen und Franzosen mit der Amtsführung des Präsidenten unzufrieden. Auch eine Neubesetzung an der Regierungsspitze brachte keine Wende zum Besseren: Am 9. Januar 2024 ernannte Präsident Macron den bisherigen Bildungsminister Gabriel Attal zum neuen Regierungschef. Mit 35 Jahren war Attal der jüngste Premierminister in der Geschichte der Fünften Republik. Ihm gelang es zwar, die Bauernproteste einzudämmen. Doch ebenso wie seine Vorgängerin Elisabeth Borne scheiterte er, im Parlament eine Mehrheit hinter sich und die anstehenden Reformprojekte zu scharen.

Unglücksjahr für Grossbritannien

Auch Grossbritannien erlebte kein gutes Jahr. Die Insel sah sich mit einem Ansturm von Menschen konfrontiert, die illegal den Ärmelkanal zu überwinden suchten. 2023 wurden rund 50 000 irreguläre Einreisen gezählt. Das vom ehemaligen Premier Boris Johnson ausgeheckte Projekt, illegal eingereiste Menschen nach Ruanda auszufliegen, wird daran wahrscheinlich wenig ändern. Unter Premierminister Rishi Sunak erlebte die Konservative Partei zwar keine Skandale wie unter Boris Johnson. Auch korrigierte Sunak manche der Fehler seiner Vorgängerin Liz Truss. Aber die anhaltend tiefen Umfragewerte der Tories deuteten an, dass Grossbritannien nach den Unterhauswahlen vom Herbst 2024 einen Regierungswechsel erleben würde. – Schwierige Zeiten erlebte die britische Krone. König Charles III. wie auch seine Schwiegertochter Prinzessin Kate mussten sich operativen Eingriffen unterziehen. Bei beiden wurde eine Krebserkrankung diagnostiziert. – In Dänemark trat am 14. Januar 2024 die 84-jährige Königin Margarethe II. nach 52 Jahren an der Staatsspitze zurück. Nachfolger wurde ihr Sohn, der den Thron als Frederik X. bestieg. – In den Niederlanden ging der Rechtsaussenpolitiker Geert Wilders mit seiner «Partei für die Freiheit» als Gewinner der Parlamentswah-

len vom 22. November hervor. Die bisher regierende «Volkspartei für Freiheit und Demokratie» und die anderen Koalitionsparteien erlitten zum Teil herbe Verluste. Wilders gelang es allerdings erst nach mehr als sechs Monaten, eine Regierung zu bilden; auf das Amt des Premierministers musste er verzichten. – In Polen ging bei den Wahlen vom 15. Oktober erneut die regierende konservative PiS-Partei als stärkste Kraft hervor. Da es ihr aber nicht gelang, eine neue Regierung zu bilden, kam der Linksliberale Donald Tusk, der mit seiner Partei das zweitbeste Ergebnis erzielt hatte, an der Spitze eines Parteienbündnisses zum Zug. Unter Tusk wurden zahlreiche demokratiefeindliche Reformen der Vorgängerregierung rückgängig gemacht. Ausserdem näherte sich Polen wieder Brüssel und der EU an, nachdem das Verhältnis während Jahren angespannt gewesen war. – Im Dezember 2023 beschlossen die EU-Staats- und Regierungschefs, mit Moldau und der Ukraine EU-Beitrittsverhandlungen aufzunehmen und Georgien den Status eines Beitrittskandidaten-Landes zu geben.

Migration als Herausforderung

Für alle europäischen Staaten blieb die Migration eine zentrale politische Frage. Annähernd 300 000 Menschen kamen 2023 irregulär in Staaten der Europäi-

schen Union an. Die meisten von ihnen benutzten den Weg über das Mittelmeer oder gelangten via Türkei nach Europa. Die Mehrzahl von ihnen kam nach wie vor aus Afghanistan, Irak, Syrien, Bangladesh, Ägypten, Eritrea, Tunesien und anderen afrikanischen Ländern. Seit dem Ende der Pandemie nahm die Zahl der Menschen wieder zu, die in Europa eine neue Heimat und Verdienst suchten. Hoch blieb die Zahl der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine: Laut EU-Angaben befanden sich im Februar 2024, zwei Jahre nach der russischen Invasion, 4,3 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer ausserhalb ihres Landes. Generell blieb die Verteilung der Asylsuchenden auf die europäischen Länder ein ungelöstes Problem. Immerhin einigten sich die EU-Staaten Ende 2023 auf eine Reform des Asyl- und Migrationssystems, die eine Verkürzung der Fristen, bessere Abwehrmechanismen gegen irreguläre Einwanderung und raschere Rückführungen vorsieht.

Nicht nur in Afrika und im Mittleren Osten, auch in vielen zentral- und südamerikanischen Ländern blieb die politische und soziale Unrast gross: Die Folge waren Flüchtlings- und Migrationsströme, die sich Richtung USA bewegten. Viele dieser Menschen sahen in ihren Heimatländern keine Zukunft mehr. In Venezuela, Kuba und Nicaragua klammerten sich kommunistische Diktatoren an die Macht, ohne sich um das Wohl

der Bevölkerung zu kümmern. Chile und Peru verkümmerten unter linken Präsidenten. Honduras und Guatemala erlebten Wellen extremer Kriminalität. In Mexiko und Ecuador sorgten mächtige Drogenmafias für Unsicherheit und Blutvergiessen. Argentinien, das sich nach Jahrzehnten peronistischer Herrschaft auf einem wirtschaftlichen und sozialen Tiefpunkt befand, wählte den ultraliberalen Wirtschaftswissenschaftler Javier Milei ins Präsidentenamt. Milei versprach einen radikalen Umbau der Wirtschaft und die Anbindung der argentinischen Währung Peso an den amerikanischen Dollar, um die horrende Inflation in den Griff zu bekommen. Aber auch Milei blieb auf Kompromisse mit dem Parlament und den mächtigen Regionalchefs angewiesen, um seine Reformen durchzubringen.

In Indien fanden im April 2024 Parlamentswahlen statt. Die Hindu-Partei BJP von Premierminister Narendra Modi gewann erwartungsgemäss eine überwältigende Mehrheit. Doch insgesamt war es ein schlechtes Jahr für Demokratien rund um den Globus: Amerika war mehr denn je gespalten zwischen Republikanern und Demokraten, was den Kongress monatelang handlungsunfähig machte. Länder, in denen die Demokratie erst seit Kurzem Wurzeln geschlagen hatte, erlebten Militärputsche oder versanken noch tiefer in Bürgerkriegen (wie Myanmar oder Sudan). Andere wie

Brasilien oder Südafrika wandten sich vom Westen ab und öffneten sich autokratischen Systemen wie Russland und China.

Weltweit nahmen die globalen Militärausgaben 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 6,8 Prozent zu, wie das Stockholmer Friedensinstitut Sipri Ende April mitteilte. Insgesamt wurden 2443 Milliarden Dollar weltweit für Rüstung ausgegeben. Die drei Länder mit den höchsten Militärausgaben waren 2023 die USA (916 Milliarden), China (offiziell 296 Mrd.) und Russland (offiziell 109 Mrd.). Während das Wachstum in den USA mit 2,3 Prozent relativ klein ausfiel, stieg das offizielle chinesische Militärbudget um 6 Prozent, jenes von Russland gar um 24 Prozent. Sicherer wurde die Welt damit nicht. Die Versuchung, Waffen- und Munitionsarsenale offensiv einzusetzen, wuchs unter demokratiefeindlichen Mächten beträchtlich. Und damit die Gefahr, dass irgendwann ein weiterer Weltkrieg losgetreten werden könnte.

Innenpolitischer Rückblick

Quo vadis, Schweiz? Wohin bewegt sich unser Land? Und wie kommt es mit dem raschen Wandel zurecht? Wohl erfreute sich die Schweiz in der Berichtsperiode eines gesunden Wirtschaftswachstums. Die Arbeitslosigkeit verharrte bei tiefen 2 Prozent; die Inflation sank dank kluger Politik der Nationalbank auf unter 2 Prozent. Die Schweiz blieb eines der reichsten Länder der Welt. Aber war sie auch ein zufriedenes, glückliches Land? Blieb sie ihren Werten, dem Arbeitsethos, der Zuverlässigkeit und dem Glauben an sich selbst verpflichtet wie früher? Drohen nicht Separatinteressen, Egoismus, Neid und Hedonismus Überhand zu nehmen? Individuelle Forderungen werden immer unverschämter an den Staat herangetragen. Belastungen, geschweige denn Opfer zugunsten der Allgemeinheit werden ungern hingenommen. Wo private Interessen tangiert sind, formiert sich Widerstand, sei es gegen Solaranlagen, Windparks, Staumauern oder Asylzentren. Kernprobleme bleiben ungelöst oder verschärfen sich: Die aussenpolitische Ausrichtung bleibt ungewiss. Soll die Schweiz nach dem Scheitern des Rahmenvertrages ein neues langfristiges Abkommen mit der EU abschliessen? Wie soll die Neutralität ausgestaltet sein? Wie viele Menschen verkraftet die kleine Schweiz, nachdem sie

Ende 2023 bei über 9 Millionen Personen angelangt ist? Wie viel Wohnraum und Verkehrsinfrastruktur braucht es? Wie kann der wachsende Energiebedarf gedeckt werden? Wie soll das zunehmend teure Gesundheitssystem finanziert werden? Wie viel will das Land für die AHV, für soziale Sicherheit ausgeben? Wie viel darf die Verteidigung kosten? Fragen über Fragen, die kontrovers beantwortet werden.

Geschenk auf Pump

Wie sehr sich die Schweizer Gesellschaft gewandelt hat, machte die eidgenössische Volksabstimmung vom 3. März 2024 deutlich. Mit einem Ja-Anteil von 58,2 Prozent nahmen die Stimmberechtigten die Volksinitiative der Gewerkschaften, die eine 13. AHV-Rente verlangt, an. 2016 war der Gewerkschaftsbund mit einem Volksbegehren für eine Erhöhung der Renten um 10 Prozent noch deutlich gescheitert. Ja sagten dieses Mal neben sämtlichen Westschweizer Kantonen und dem Tessin auch Kantone wie die beiden Basel, Solothurn, Bern und Zürich. Dagegen sprachen sich mit Ausnahme von Glarus und Graubünden nur die Innerschweizer und Ostschweizer Kantone aus. Die Befürwortenden, allen voran SP und Grüne, argumentierten mit Teuerung, Kaufkraftverlusten und dem Bestreben, auch die angeblich ärmere betagte Generation am Wohlstand des Landes teilhaben zu lassen. Diese Argu-

mente verfielen vor allem unter älteren Stimmberechtigten, während jüngere, wie Auswertungen zeigten, mehrheitlich gegen eine 13. AHV-Rente stimmten. Die Seniorinnen und Senioren hätten sich auf Pump bereichert, lauteten manche Kommentare. Erstaunlicherweise votierten auch zahlreiche Sympathisanten der Mitte (CVP) und der SVP für die Initiative. Deutlich abgelehnt wurde hingegen ein Volksbegehren der Jungfreisinnigen, das eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre postulierte (mit einem Nein-Stimmenanteil von 74,7 Prozent). Offen blieb nach dem Ja zur 13. AHV-Rente die Frage der Finanzierung: Sollte dies über eine Anhebung der Lohnabzüge, über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder über irgendeine andere Steuer geschehen? Oder würde es die Politik in Kauf nehmen, dass die höheren Renten aus dem AHV-Fonds bezahlt würden, bis dieser vollends ausgeschöpft wäre? Und damit die Rechnung noch teurer würde? So oder so bleibt die 13. AHV-Rente ein Geschenk, das sich die ältere Generation auf Kosten der Jungen gewährt hat.

Gefordert ist nach dem Ja zur 13. AHV-Rente vor allem SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider. Die Jurassierin übernahm zu Beginn 2024 die Führung des Departements des Innern von Bundesrat Alain Berset. Berset trat per Ende 2023 nach zwölf Amtsjahren zurück. Er wird als starke Persönlichkeit

in die Geschichte eingehen, weil er die Schweiz während der Coronapandemie vergleichsweise erfolgreich durch eine der grössten Herausforderungen seit dem Zweiten Weltkrieg hindurchsteuerte. Er wird auch als Bundesrat in Erinnerung bleiben, der zahlreiche Affären überstand. Unter Bersets Federführung war 2022 eine AHV-Revision zustande gekommen, welche unter anderem eine Angleichung des Frauen-Rentenalters an jenes der Männer vorsieht. Aber wie seine Vorgänger im Amt des Innenministers scheiterte der Freiburger an der Aufgabe, den Anstieg der Krankenkassenprämien zu bremsen. Die mittlere Monatsprämie betrug 2024 laut Bundesamt für Statistik rund 360 Franken pro erwachsene Person, was gegenüber Vorjahr einen Anstieg von 8,7 Prozent bedeutete. Überkapazitäten an Spitälern, zunehmende Alterung der Bevölkerung, wachsende Nachfrage nach medizinischen Leistungen und immer höhere Medikamentenpreise lassen auch in Zukunft keine Entspannung bei den Gesundheitskosten erwarten.

Finanzielle Engpässe

Der Bundesrat, allen voran Finanzministerin Karin Keller-Sutter, war wie selten zuvor gefordert, die Bundesfinanzen im Gleichgewicht zu halten und Begehrlichkeiten abzuwehren. Verschärft hat sich die Situation nach dem Ja zur 13. AHV-Rente.

Wie sollte unter diesen Umständen der im Grundsatz beschlossene Ausbau der Landesverteidigung finanziert werden? Bis zum Einmarsch Russlands in die Ukraine hatte die Schweiz die Sicherheit sträflich vernachlässigt. Angesichts des nahen Krieges begannen sämtliche Nato-Staaten, ihre Verteidigungsfähigkeit auszubauen. Die Schweiz musste mitziehen, um zu verhindern, dass sie sicherheitspolitisch zu einer Schwachstelle in Europa wird. Wiederholt wies Armeechef Thomas Süssli alarmierend auf den schlechten Zustand des Heeres und der Ausrüstung hin. SP, Grüne und Teile der Mitte-Partei hielten dafür, die notwendigen 15 Milliarden über eine Neuverschuldung zu finanzieren, die bürgerlichen Parteien wandten sich vehement gegen eine weitere Aufweichung der Schuldenbremse (nachdem dies bereits während der Pandemie geschehen war). Wo aber Einsparungen vorgeschlagen wurden – beim Bundespersonal, in der Landwirtschaft, im Hochschulbereich, bei der Bildung, bei der Entwicklungshilfe oder im Asylbereich –, regte sich Widerstand. Eine Quadratur des Kreises, zumal keine Partei gewillt war, Abstriche auf Kosten ihrer jeweiligen Klientel hinzunehmen.

Unveränderte Kräfteverhältnisse

Bei den Nationalratswahlen am 22. Oktober 2023 haben sich

die Kräfteverhältnisse zwischen links und rechts nur unbedeutend verändert. Federn lassen musste vor allem die Grüne Partei (GPS). Ihr Wähleranteil verringerte sich gegenüber 2019 um 3,4 Prozent (auf 9,8 Prozent). Dieser Rückschlag war umso erstaunlicher, als die Schweiz einen der wärmsten Sommer ihrer jüngeren Geschichte hinter sich hatte und der Klimawandel in Umfragen immer noch als eine der grössten Herausforderungen bezeichnet wurde. Eine Verbotspolitik, wie sie die Grünen befürworteten, war jedoch in der Bevölkerung wenig populär, wie die Verwerfung des CO₂-Gesetzes im Jahr 2021 zeigte. Ausserdem kosteten die Klimakleber-Aktionen von Umweltaktivisten, die wiederholt den Autoverkehr lahmlegten, die Grünen viele Sympathien. Die SVP, die auf ihre Kernthemen Migration und Europa setzte, konnte um 2,3 Prozent auf 27,9 Prozent zulegen, die SP dank ihres Wahlkampfthemas «Kaufkraftsicherung» um 1,5 Prozent auf 18,3 Prozent. Die FDP, der Anfang 2023 noch Gewinne vorhergesagt wurden, verlor 0,8 Prozent (auf 14,3 Prozent). Die Mitte kam auf 14,1 Prozent (+0,2 Prozent). Die Grünliberalen büssten gegenüber 2019 0,2 Prozent ein und kamen auf einen Wähleranteil von 7,6 Prozent. Insgesamt blieben die Kräfteverhältnisse im Parlament zwischen links und rechts ziemlich konstant, sodass bei manchen Abstimmungen weiterhin die Mitte



Beat Jans nach seiner Wahl in den Bundesrat am 13. Dezember 2023.

(CVP) den Ausschlag gab. Im Ständerat behauptete die Mitte ihre Stellung als stärkste Partei; sie kam auf 15 Sitze. Die Grünen verloren zwei ihrer fünf Sitze, die FDP einen (neu 11 Sitze).

Entgegen vielfältigen Spekulationen behielten SVP, SP, FDP und Mitte ihre bisherige Vertretung im Bundesrat. In der Gesamterneuerungswahl am 13. Dezember wurden sämtliche wiederkandidierenden Bundesratsmitglieder bestätigt. Der Anspruch der Grünen auf eine Vertretung in der Landesregierung blieb illusorisch. Als Nachfolger von Alain Berset wählte die Bundesversammlung den Basler Regierungspräsidenten Beat Jans. Jans hatte das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) zu übernehmen, das Elisabeth Baume-Schneider nach nur einem Jahr und dürftigem Leistungsausweis

verliess. Verteidigungsministerin Viola Amherd übernahm für 2024 das Bundespräsidium.

Schweiz verurteilt

Der ein Jahr zuvor gewählte Berner Albert Rösti erwies sich als überaus tatkräftiger Bundesrat. Trotz Widerstand aus der eigenen Partei trieb er die Energiewende und die Sicherstellung der Versorgungssicherheit des Landes voran. Gegen den Widerstand der SVP setzte er sich engagiert für ein Stromgesetz ein, das die sichere Elektrizitätsversorgung des Landes gewährleisten soll. Auch den Ausbau des Autobahnnetzes trieb Rösti voran. Die direkte Demokratie setzt indessen oft Grenzen. 2020 hatten die Stimmberechtigten ein CO₂-Gesetz verworfen, welches als zu dirigistisch empfunden

den wurde. Eine Neuauflage, die der Bundesrat unterbreitete, wurde vom Parlament am 15. März verabschiedet. Sie hält an den Klimazielen – Halbierung der CO₂-Emissionen bis 2030 und Klimaneutralität bis 2050 – fest, setzt aber primär auf Innovationen und Zielvereinbarungen mit der Wirtschaft, nicht auf dirigistische Massnahmen und höhere CO₂-Abgaben oder Flugticketverteuerungen. Paradoxiertweise wurde ausgerechnet die Schweiz, das einzige Land der Welt, dessen Klimapolitik von der Bevölkerung direktdemokratisch abgesegnet ist, vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt, weil sie die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens von 2016 angeblich ungenügend erfülle. Wegen «Verletzung ihrer Menschenrechte» hatte der «Verein Klimaseniorinnen Schweiz» geklagt. Dieser war 2016 auf Betreiben der Umweltorganisation Greenpeace gegründet worden. Das Urteil vom 9. April 2024 wurde in der Schweiz äusserst kontrovers aufgenommen: Umweltminister Albert Rösti kritisierte es als Eingriff in die direkte Demokratie, Justizminister Beat Jans lobte es als Stärkung der Rechte der Schweizer Bevölkerung. Linke Politiker und Staatsrechtlerinnen applaudierten. Andere, unter ihnen auch SP-Ständerat Daniel Jositsch, übten harsche Kritik. Auch der Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni (FDP) äusserte Bedenken. Tatsächlich gingen die Strassburger Richter



Klimaseniorinnen aus der Schweiz freuen sich über das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg am 29. März 2024.

in ihrem Urteil weit darüber hinaus, was bisher als einklagbares Menschenrecht gegolten hatte. Die Neue Zürcher Zeitung warf dem Gericht gar «Grössenwahn» vor.

Offene EU-Verhandlungen

Seit März 2022 liefen zwischen Bern und Brüssel neue Sondierungsgespräche. In den Diskussionen offenbarten sich jedoch dieselben Bruchlinien wie beim gescheiterten Rahmenabkommen: Die EU beharrte auf der

automatischen Rechtsübernahme und der abschliessenden Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs (EUGH) in Streitfragen. Die SVP lehnte ein Abkommen mit der EU weiterhin kategorisch ab – wegen befürchteter Souveränitätsverluste, möglicher Einschränkungen der direkten Demokratie, wegen der ungelösten Streitschlichtung (fremde Richter) und nicht zuletzt wegen ihrer Grundsatzopposition gegen den freien Personenverkehr. Die Gewerkschaften und mithin die SP beharrten auf

garantierten Lohnschutzmechanismen. Auch in den Reihen der FDP und der Mitte herrschte viel Skepsis. Ob ein neues Abkommen schliesslich in einer Volksabstimmung eine Chance haben würde, galt vor dem eigentlichen Verhandlungsbeginn keinesfalls als gesichert.

Bald eine Zehn-Millionen-Schweiz

Ein bedeutsamer Streitpunkt im Verhältnis zur EU betraf die Zuwanderung. Dazu hiess es im

Verhandlungsmandat, das der Bundesrat am 8. März 2023 verabschiedete, lediglich: «Das Ziel einer arbeitsmarktorientierten Zuwanderung wird verstärkt, ebenso die Formulierung zum Aufenthaltsrecht, um das schweizerische Sozialsystem besser zu schützen». Aber wie viele Menschen erträgt die Schweiz überhaupt? Erstmals in der Geschichte wohnten Ende Juni 2023 mehr als neun Millionen Menschen in unserem Land, wie das Bundesamt für Statistik bekannt gab. Exakt waren es 9 006 664. Darin eingerechnet waren auch Asylsuchende. Unter der ständigen Wohnbevölkerung hatten 2 369 382 einen aus-

ländischen Pass. Würde die Entwicklung wie bisher weitergehen, wäre bis spätestens 2035 mit zehn Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern zu rechnen. Diese Perspektive ist umso brisanter, als die Folgen einer ungebremsten Bevölkerungszunahme allenthalben sichtbar sind: auf den Strassen, im öffentlichen Verkehr, in der Verknappung und Verteuerung des Wohnraums, in der voranschreitenden Zersiedelung des Mittellandes. Andererseits klagten Wirtschaftsverbände, Industrie und Gewerbe sowie Gesundheitsdienste über anhaltenden Fachkräftemangel. Zur Bewahrung ihres Wohlstandes bleibt die

Schweiz auf Einwanderung angewiesen, während genau diese für viele Menschen zu einem Verlust an Lebensqualität führt. Ein Teufelskreis, aus dem es kein Entrinnen zu geben scheint. Zumal sich das Verhältnis zwischen der arbeitsfähigen Bevölkerung und den Rentenberechtigten wegen der demografischen Entwicklung und der wachsenden Beanspruchung der Gesundheitsdienste immer stärker verschiebt. Ohne Ausländerinnen und Ausländer würden Spitäler und manche Bereiche der Wirtschaft schlicht nicht mehr funktionieren. Die Abstimmung über die SVP-Initiative «10 Millionen sind genug!» – sie wurde am 10.



Nach der Messerattacke gegen einen orthodoxen Juden: Kundgebung in Zürich gegen Antisemitismus am 3. März 2024.

Mai 2024 eingereicht – wird aufzeigen, wie die Schweizer Bevölkerung darüber denkt.

Für wachsenden Unmut sorgten Asylsuchende aus Nordafrika und Eritrea. An mehreren Orten kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen regimetreuen Eritreern (die während des Unabhängigkeitskrieges vor 1991 in die Schweiz gekommen waren) und Regimegegnern, die vor der heutigen Diktatur geflohen waren. Auch schlecht integrierte junge Menschen mit Migrationshintergrund sorgen verbreitet für Widerstand. Nicht wenige Verbrechen gehen von Banden von irregulär Zugewanderten aus Tu-

nesien, Algerien und Marokko aus. Für Entsetzen sorgte am 15. März eine Bluttat in Zürich: Ein 15 Jahre alter Jugendlicher mit tunesischen Wurzeln verletzte am helllichten Tag einen orthodoxen Juden mit einem Messer lebensgefährlich. Vor dem Anschlag nahm er ein Video auf, in dem er auf Arabisch der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) die Treue schwor und von der Absicht sprach, «so viele Juden wie möglich zu töten».

Ehre für die Schweiz

In Malmö gewann Nemo – mit bürgerlichem Namen Nemo Mettler – in der Nacht zum 12.

Mai 2024 den Eurovision Song Contest (ESC). Es war seit 1988 (Céline Dion) das erste Mal, dass der Schweiz diese Ehre zuteilwurde. Nemo definiert sich als non-binäre Person. Sie nutzte die Gelegenheit, um auf die Rechte non-binärer Menschen aufmerksam zu machen und für ihre Gleichstellung zu werben.

Bild: Keystone-SDA



Nach der Messerattacke gegen einen orthodoxen Juden: Kundgebung in Zürich gegen Antisemitismus am 3. März 2024.